

Kultur der Landeskirche, mit einer Professur für christliche Publizistik am Fachbereich Theologie der Universität Erlangen-Nürnberg.

In der zweiten Januarhälfte 2015 hieß es dann: „Julia Helmke geht nach Berlin“ und dass sie kurzfristig das Referat 15 im Bundespräsidialamt übernimmt, allerdings begrenzt auf die Amtsdauer von Bundespräsident Joachim Gauck und insbesondere zuständig für das Reformationsjubiläum 2017. Sie wurde dazu von der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers beurlaubt.

#### **4.1.2. Bundesministerium des Innern, „Kirchenreferat“**

Die Religionsangelegenheiten wurden auf Bundesebene lange Jahre (bis 1991) im Referat des Innenministeriums bearbeitet, das für den (ehemals) Preußischen Kulturbesitz zuständig war; so berichtet Juliane Kalinna, die selbst von 1993 bis 2009 (also 17 Jahre lang) Referatsleiterin im Bundesinnenministerium war. Diese eigenartige frühere Zuordnung des Kirchenreferats hatte wohl auch mit einer seiner inhaltlichen Ausrichtungen zu tun (finanzielle Stützung der Kirchen in der DDR).

Ein Bundesminister, der meint, dass Deutschland sehr viel ärmer sein würde ohne den christlichen Glauben, und „der gesellschaftliche Zusammenhalt wäre geringer, als er ohnehin schon ist“, warnt: „Eine Gesellschaft, die im Streben nach einem falsch verstandenen Laizismus die Religiosität ins Private verbannen wollte, legt die Axt an ihre eigenen Wurzeln“, dieser protestantische Bundesinnenminister, Wolfgang Schäuble, richtete 1991 im Bundesinnenministerium das bis dahin nicht extra geführte Referat „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ ein, kurz „V6“ genannt.

Der stellvertretende Leiter des Katholischen Büros wusste (2003), was er an seinem ‘Religionsminister’ Schäuble hatte: „In der Evangelischen Akademie Loccum hat sich Wolfgang Schäuble vor gut 15 Jahren [im Juli 1987] in einer Grundsatzrede ausführlich mit dem Thema: ‘Die Macht der Religion in der Politik’ befasst. Er führte damals aus, dass die Kirchen trotz aller Säkularisierungstendenzen in der Politik noch Macht hätten, sofern man diesen Begriff nicht eng im Sinne von Befehlsmacht interpretiere; unser Schöpfungs- und Weltverständnis, unser Menschenbild und unsere Wertauffassungen seien in so nachhaltiger Weise von der Religion des Christentums geprägt, dass eine Verständigung über zentrale Verfassungs- und Rechtsprinzipien nur möglich sei, wenn die christlichen Wurzeln solcher Prinzipien und Grundwerte mit einbezogen würden.“ [Lendermann, 2003, 491]

Die Leiterin dieses Kirchenreferates des BMI, Juliane Kalinna, bilanzierte entsprechend 2007: „Seit Bestehen der Bundesrepublik wurden alle großen politischen Themen auch zwischen dem Staat und den Kirchen besprochen.“ [J. Kalinna, 2003, 387]

Das selbständige „Kirchenreferat“ im BMI entstand zwar 1991 ‘unter’ Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble aber im Hintergrund „[...]“ vornehmlich auf Betreiben des [2002] verstorbenen Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Horst Waffenschmidt. Der engagierte Protestant sah es stets als seine Aufgabe an, den engen Kontakt zwischen Staat und Kirche zu pflegen. Er hatte gute Beziehungen zu allen christlichen Konfessionen, nicht zuletzt zur Russisch-Orthodoxen Kirche, der er als Beauftragter für Aussiedlerfragen besondere Aufmerksamkeit widmete.“ [J. Kalinna, 2003, 387]

Als Grundansicht von Dr. Horst Waffenschmidt schreibt Hermann Gröhe, MdB/CDU (einer seiner Nachfolger im Geiste): „Gemeinschaft mit anderen Christen ermöglicht nicht nur Offenheit und Korrektur. Im Mittelpunkt steht vielmehr die ständige Erinnerung daran, dass wir nicht alleine sind. Christen glauben an einen Gott, der uns auf unserem Weg begleitet, der in der Geschichte handelt und der sein Heilswerk am Ende der Zeit vollendet. Zu diesem Gott dürfen wir rufen und erfahren, dass er reagiert. ‘Wer betet’, so hat es Horst Waffenschmidt immer wieder gesagt, ‘verbindet seine begrenzten Möglichkeiten mit den unbegrenzten Möglichkeiten Gottes’. Und Bundeskanzler Kohl erklärte: ‘Nicht nur politische Entscheidungen, sondern auch Gebete bewegen die Entwicklung der Welt’.“ [Gröhe, 2001, 33]

Zu Dr. Horst Waffenschmidt schreibt die Konrad-Adenauer-Stiftung: „‘Betet für Bonn, betet für Deutschland’: Waffenschmidts Lebensmovers ist sein Glaube, offen bekennt er: ‘Ich bin ein Pietist’. Nicht nur als Politiker, sondern auch als Christ wird er vom Vorbild seines Vaters geprägt, der der Rheinischen Gemeinschaftsbewegung angehört hat.“

Es ist deutlich, dass es Waffenschmidt vorrangig um eine Aufwertung der Kirchen im Politikbetrieb ging, was die spätere Referatsleiterin bestätigt. Es gab dabei eine Parallellität zwischen der „Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen“ (BMB) und der Bildung des Kirchenreferats im Bundesinnenministerium. Juliane Kalinna war selbst von 1987 bis 1991 Referatsleiterin für Kirchen und Kultur im BMB gewesen und betreute das „Kirchenbauprogramm des Bundes für die marode kirchliche Bausubstanz in der ehemaligen DDR“.

Diese ausgeprägte ‘Kirchenfreundlichkeit’ des BMB und des Bundesinnenministeriums hat dabei nicht nur eine politikgewollte Seite, sondern

auch eine persönliche. Die Ministerialrätin Juliane Kalinna ist mit dem Oberkirchenrat i.R. Hermann E. J. Kalinna verheiratet, der von 1966 bis (zu seiner Pensionierung) 1994 Oberkirchenrat in Bonn und von 1977 bis 1994 der Stellvertreter des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland war. (Das ist praktisch, wenn kirchenpolitische Fragen zwischen Ministerium und EKD am häuslichen Frühstückstisch besprochen werden können und nicht per Telefon von Amt zu Amt.) Seit 1977 war Hermann Kalinna auch Vorsitzender des Hauptausschusses „Hörfunk und Fernsehen“ im *Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik* (GdEP) und 1981 bis 1985 Vorsitzender des Programmausschusses des Deutschlandfunks.

Da passt dann alles zusammen, denn Frau Kalinna ist nicht nur Mitglied im evangelischen Kreissynodalvorstand in Godesberg und Synodalälteste, sie ist auch Mitglied und Beisitzerin im Ortsverband CDU-Villenviertel in Bad Godesberg. Seit 2007 ist sie stellvertretende Vorsitzende im Vorstand der Stiftung Christliche Privatschulen.

1998 wird mit einem Organisationserlass des Bundeskanzlers die Kultur aus dem Bundesinnenministerium herausgelöst und direkt dem Bundeskanzleramt als Dienststelle „Beauftragte(r) der Bundesregierung für Kultur und Medien“ angegliedert, geleitet von einem Staatsminister. Eine noch höhere Aufwertung geht nicht, da Kultur Angelegenheit der Bundesländer ist und es deshalb im Bund kein Kulturministerium geben kann.

Das Referat für Kirchen und Religionsgemeinschaften verbleibt im Bundesinnenministerium und wird in die Abteilung „Leitung und innenpolitische Grundsatzfragen“ verschoben.

Die Begründung, dass das Kirchenreferat „wegen der politischen Bedeutung des Themas von dieser Änderung ausgenommen“ wurde (so Juliane Kalinna), will aber nicht recht überzeugen, da es sich ja um eine Aufwertung handelte und die Kirchen wohl nichts gegen die weitere Integration als Kultur eingewendet hätten. Im Gegenteil, behaupten sie doch von sich, finanziell einer der wesentlichsten Kulturträger zu sein. Der einfache Grund dafür könnte eher sein, dass es im Bundeskanzleramt bereits eine Verbindungsstelle zu Kirchen und Religionsgemeinschaften gab, das heutige Referat 333.

Otto Schily, seit 1998 Bundesinnenminister, hatte auch seinen Spaß als „Kirchenminister“. Bereits in den 1980er und 1990er Jahren war er häufig als Gast auf Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum. Und er ‘tummelte’ sich anscheinend nicht ungern in kirchlichen Bezügen, wie es seine Referatsleiterin Kalinna beschreibt: „Minister Schily, die Staatssekretäre

und Staatssekretärinnen nahmen Einladungen der christlichen Akademien an, besuchten kirchliche Veranstaltungen der EXPO 2000 in Hannover und hielten Grußworte zum ‘Tag der offenen Moschee’. Sie würdigten bei zahlreichen Veranstaltungen die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und nahmen zu Fragen des Antisemitismus Stellung. [...] Minister Schily nahm in Rom an der Kardinalserhebung des Mainzer Bischofs Lehmann teil und an einer Heiligsprechung (,nicht meiner eigenen’, wie er danach zu sagen pflegte).“ [J. Kalinna, 2003, 389]

In dieser Beschreibung sind schon viele der Aufgaben des Referates benannt. Eine Reduzierung auf die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland wäre also eine Verkürzung. Aber dennoch, alleine schon die Bezeichnung des Referates: „Kirchen und Religionsgemeinschaften“, zeigt das Herausgehobene der beiden christlichen Kirchen, denn mit dieser Bezeichnung sind sie im Grundgesetz nirgendwo benannt. Dort ist nur von „Religionsgesellschaften“ die Rede.

Insofern sind der Kontakt und die Kommunikation mit den christlichen Kirchen auch primäres Handlungsfeld. Dazu schreibt die Leiterin des Referates im BMI: „Die beiden am Sitz der Bundesregierung von der evangelischen und der katholischen Kirche eingerichteten Verbindungsbüros sind die wichtigsten Ansprechpartner aller Bundesstellen. Das Bundesministerium des Innern hat gemeinsam mit den beiden christlichen Kirchen einen Gesprächskreis eingerichtet, den ‘Jour Fixe Staatskirchenrecht’, der sich auf Arbeitsebene zweimal im Jahr trifft. Hier werden Entwicklungen innerhalb von Staat und Kirche, anstehende Gesetzesvorhaben, die die Belange der Kirchen berühren, und andere gemeinsam interessierende Themen erörtert. Einbezogen sind das Kirchenreferat [des BMI] und das Referat für grundsätzliche Verfassungsangelegenheiten, das Bundesministerium der Justiz und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Darüber hinaus wird in vielen Einzelfragen der direkte Kontakt gesucht. In den Jahren hat sich eine gegenseitige Vertrauensatmosphäre aufgebaut.“ [J. Kalinna, 2003, 391]

Es ist jedoch grundsätzlich zu beachten, dass das BMI nur ein Ansprechpartner der kirchlichen Büros ist. Neben den zweimaligen ‘offiziellen’ Treffen des Kirchenreferates des BMI mit den beiden Büros, werden sogar Kontakte möglichst vermieden, um nicht in den ‘Verdacht’ zu geraten, dort Einfluss zu nehmen. Das katholische und das evangelische Büro bevorzugen direkte Kontakte zu den jeweiligen Fachreferenten und wollen nicht „durch ein Nadelöhr“ geführt werden, sie bevorzugen einen „*many-entry-points-approach*“. [Schnabel, 2014, 160]

Mein direkter Telefonanruf bei ihrem Nachfolger – wozu stehen denn sonst die Telefonnummern der Referenten in den Organigrammen der Ministerien – brachte seinen Unwillen über derartige „telefonischen Überfälle“ zutage, aber immerhin gab er mir seine Mailadresse. Eine längere Mail von mir, mit Vorstellung meiner Person und Schilderung meines Anliegens, wurde von der Pressestelle des BMI dahingehend beantwortet, dass ich doch in Zukunft nur über sie schriftlich kommunizieren solle. Die folgende schriftliche Anfrage (am 21. Januar 2015) über die Pressestelle des BMI, an den Leiter des Referats G I 4, Ministerialrat Hubertus Rybak, erbrachte folgende Informationen: Das Referat hat drei Mitarbeiter, die nicht bestimmten Themen zugeordnet seien. Sofern innerhalb der Bundesregierung Koordinierungsbedarf zu Kirchenfragen besteht, nimmt diese Aufgabe das BMI wahr. Die Besprechungen der Kirchenreferenten der Bundesländer und der Bundesministerien dienen dem Meinungsaustausch, bindende Beschlüsse werden nicht gefasst. Es finden zweimal im Jahr Gespräche mit den beiden Büros der Kirchen statt, bei der aktuelle Anliegen der Kirchen zur Sprache kommen.

Ministerialrat Rybak ist der Vertreter des BMI im Lenkungsausschuss der „Lutherdekade“ – einem besonderen ‘Schmuckstück’ staatlich-kirchlicher Kooperation.

Im Ministerium ist Rybak nicht aufstiegsorientiert. Er ist nicht nur Mitglied und Kandidat der *Alternative für Deutschland* (AfD) bei der Landtagswahl 2014 in Brandenburg, sondern auch stellvertretender Vorsitzender im AfD-Landesverband. Zudem berichtete der Landesvorsitzende Dr. Alexander Gauland auf dem Landesparteitag im Mai 2014: „Das Programm hat ganz entscheidend unser Parteifreund Hubertus Rybak entwickelt und formuliert. Er wird es auch im Einzelnen vorstellen.“ Das bedeute in einem „schwarzen“ (CDU-)Ministerium, so sagte man mir, automatisch Laufbahnsperr.

□ *BMI – Islamreferent im Kirchenreferat*: Die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York City, als von den vier von Islamisten entführten Passagierflugzeugen zwei in die beiden Türme des World Trade Centers flogen und sie zum Einsturz brachten – mit 3.000 Toten – setzten das Thema „Islam!“ in das Zentrum politischer Aufmerksamkeit – insbesondere unter dem Aspekt der eigenen Bedrohung, zumal einige der Terroristen vorher in Hamburg gelebt hatten. Bereits Ende 1999 hatte das Kirchenreferat des BMI eine Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – mit mehr als 100 Fragen – sehr ausführlich beantwortet. Nun geschah weiteres:

Das Kirchenreferat erhielt aus den Finanzmitteln für die Anti-Terror-Pakete „einen nennenswerten Betrag zur Förderung des interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Zum anderen wurde im Referat ab Januar 2002 ein neuer Referent eingestellt, Herr Dr. Lemmen, ein ausgewiesener Kenner des Islam in Deutschland.“ [J. Kalinna, 2003, 395]

Von 2002 bis 2007 war Dr. Thomas Lemmen als Islamreferent im Bundesministerium des Innern tätig, dann wechselte er wieder zurück zum Erzbistum Köln. Er ist insofern ein weiteres Beispiel dieses Wechsels im ‘öffentlichen Dienst’ zwischen Staat und Kirche.

Zu Dr. Thomas Lemmen: 1981 bis 1991 Studium der katholischen Theologie in Bonn und Sankt Augustin mit missionstheologischer Spezialisierung, dann u. a. 1992 bis 1996 Leiter eines Integrationsprojektes für muslimische Familien in Dormagen; 1995/96 Mitarbeiter für interreligiösen Dialog des Erzbistums Köln. 1996 bis 1999 Stipendiat des Graduiertenkollegs der Universität Bonn und Promotionsstudiengang in katholischer Theologie über Muslime in Deutschland als Herausforderung für Kirche und Gesellschaft. 2000 bis 2002 freiberuflicher Publizist und ehrenamtlicher Geschäftsführer der *Christlichen-Islamischen Gesellschaft e.V.*; 2002 bis 2007 Islamreferent im Referat Kirchen, Religionsgemeinschaften und interreligiöser Dialog des Bundesinnenministeriums in Bonn, 2003 Gründungsmitglied des Koordinierungsrates des christlich-islamischen Dialogs (christliche Vorsitzende wurde seine Ehefrau), seit Oktober 2007 Referent im Referat Dialog und Verkündigung des Erzbistums Köln.

Es ist an sich schon bemerkenswert, wenn ein katholischer Theologe Islamreferent wird, aber es zeigt die Eingebundenheit der Integrationsdebatte in einen kirchlichen Zusammenhang des interreligiösen Dialogs, denn es geht auch um die „bundesweite Vernetzung christlich-islamischer Dialogstrukturen“ für die Projektgelder des BMI bereitgestellt wurden.

Es sind Facetten der Bemühungen des Bundesinnenministeriums ‘den Islam’ in Deutschland zu integrieren. Dazu dient auch die *Deutsche Islam Konferenz* (DIK), die 2006 von Bundesinnenminister Schäuble initiiert worden war. Auf dem Kirchentag 2010 hatte „Bundesinnenminister de Maizière die christlichen Kirchen dafür kritisiert, dass sie unter Verweis auf die staatliche Islamkonferenz auf eigene Anstrengungen im Dialog mit den Muslimen verzichteten.“ 2014, Thomas de Maizière ist wieder Bundesinnenminister, wird ein neuer Anlauf genommen, die *Deutsche Islam Konferenz* wiederzubeleben: „Nach den Worten des Ministers soll die DIK künftig ein ‘großes Gesprächsforum mit dem Islam und für den Islam in unserer Gesellschaft sein’. Als Themen nannte der Minister die Wohlfahrt

und die Seelsorge. Dabei strebt der DIK die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes an, analog zu Caritas, Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt. [...] Dabei empfahl der Minister, zur Frage des Wohlfahrtsverbandes auch Sachverständige der kirchlichen Verbände zu berufen. Dies könne zudem den christlich-muslimischen Dialog fördern.“

Nachdem mehrere seit 2002 vom BMI in Auftrag gegebene Untersuchungen und Gutachten geklärt hatten, dass es in Deutschland zwar eine Anzahl gewaltbereiter Islamisten gibt, aber das Bedrohlichste an den jungen muslimischen ‘Machos’ eher die Lautstärke ihrer Lautsprecherboxen in den Autos seien, legte sich die Nervosität wieder und es brauchte keinen Islamreferenten mehr. Das Thema konnte auf den interreligiösen Dialog sowie auf den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst zurückverlegt werden.

Spätestens seit Sommer 2014 hat sich die Situation geändert. Es geht dabei nicht nur um die fundamentalistischen muslimischen Kämpfer des *Islamischen Staats* (IS), die im Raum Irak und Syrien ein „Kalifat“ errichtet haben, sondern es wird vermutet, dass sich mittlerweile in Deutschland rund 1.000 „Salafisten“ aufhalten, die gewaltbereit seien.

□ *BMI – Beauftragter für Aussiedlerfragen*: Am 28. September 1988 richtete die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl das Amt eines Beauftragten für Aussiedlerfragen ein. Die Amtsleiter sind seitdem stets Abgeordnete des Deutschen Bundestages und in der Hierarchie des Ministeriums hoch angesiedelt, als Abteilungsleiter und Parlamentarische Staatssekretäre. Der erste Beauftragte für Aussiedlerfragen (und seit 2002 auch für nationale Minderheiten) war der bereits genannte Dr. Horst Waffenschmidt (CDU).

Er war von 1972 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und von Oktober 1982 bis Mai 1997, also 15 Jahre lang, in leitender Tätigkeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium tätig. Was in seiner Charakterisierung als „engagierter Christ“ beschrieben wird, lässt sich aus dem Nachruf der *Deutschen Evangelischen Allianz* präziser erschließen: „Über Jahrzehnte hinweg hat er uns neu den Blick geöffnet für die politische Verantwortung, die wir auch als Evangelikale wahrzunehmen haben. Er hat uns den Blick dafür geöffnet, dass die Fürbitte für die Politiker, die erste Christenpflicht im Hinblick auf politische Verantwortung ist.“

Diese Vermischung einer politischen Arbeit als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung und der parallelen Aufforderung an seine evangelikalen Glaubensbrüder hinsichtlich dieses Klientel missionarisch tätig zu wer-

den, ist bemerkenswert, steht aber offensichtlich nicht im Widerspruch zu seinem christlich-evangelikalen Glauben. Zur Familientradition passt dann auch, dass sein Sohn, Christoph Waffenschmidt, seit 2007 als Geschäftsführer des evangelikalen Hilfs- und Missionswerk *World Vision* tätig ist. Wiederum nicht verwunderlich ist, dass diese US-amerikanische Organisation Mitglied im deutschen Spenden-Bündnis *Deutschland hilft* ist.

Seit 1988 sind rund drei Millionen Menschen als Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland gekommen. Die Arbeit des Aussiedlerbeauftragten hat dabei zwei Aspekte. Zum einen, alle, die in Russland bleiben wollen, zu unterstützen, und zum anderen die Aussiedler zu integrieren, die nach Deutschland gekommen sind.

Und beinahe sieht es so aus, als ob es – unter den CDU/CSU-Bundesinnenministern – ein gleicher ‘Erbhof’ der Kirchen sei, wie der Zivil-/Freiwilligendienst und die Entwicklungspolitik.

Dem ersten, bereits skizzierten Beauftragten, Dr. Rolf Waffenschmidt (1988 bis 1998), folgten dann unter Bundesinnenminister Otto Schily (SPD, 1998 bis 2005) zwei SPD-Abgeordnete, die kein kirchliches Profil hatten.

Nach Beginn der Großen Koalition (November 2005) wurde es wieder wie früher. Unter den CDU/CSU-Bundesinnenministern (Wolfgang Schäuble, 2005 bis 2009, Thomas de Maizière, 2009 bis 2011, Hans-Peter Friedrich, 2011 bis 2013, Thomas de Maizière, seit 2013) wurde die Position des Beauftragten wieder mit zwei explizit religiösen CDU-Abgeordneten besetzt.

Dr. Christoph Bergner, MdB, war vom 1. Februar 2006 bis zum 8. Januar 2014 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. 1993 bis 1994 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Mitglied der CDU seit 1971, war er 1995 bis 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender. Mitglied des Bundestages seit 2002; November 2005 bis Dezember 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Bergner ist evangelisch.

Besonders eine Vereins-Mitgliedschaft hat ihm öffentliche Aufmerksamkeit beschert, denn „LEO e.V. ist eine interkonfessionelle christliche Selbsthilfegemeinschaft“. Sein – in eigener Darstellung – „besonderes Anliegen ist es, interessierten und hilfeschenden Menschen aus überkonfessioneller christlicher Verantwortung heraus Lebensorientierung und Lebenshilfe anzubieten“.



Was damit gemeint ist, das hat die Süddeutsche Zeitung im Januar 2014 so getitelt: „Töpfern, backen, Schwule heilen.“ Und: „Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Halle, sagte Bergner im Sommer 2009, dass die höhere Selbstmordrate bei Homosexuellen auf Störungen in der Persönlichkeitsentwicklung zurückzuführen sei.“

Das ist schon eine rechte christliche Gesinnung und, wenn man die Termine hinsichtlich „Kirche“, die Dr. Christoph Bergner auf seiner persönlichen Internetseite nennt, betrachtet, könnte man meinen, er sei der Kirchenbeauftragte der Bundesregierung.

Seit dem 8. Januar 2014 ist Hartmut Koschyk Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Von Oktober 2009 bis Dezember 2013 war Koschyk Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Hinsichtlich seiner religiösen Aktivitäten schließt sich der Kreis zum ersten Beauftragten, Dr. Rolf Waffenschmidt, denn wie er hat auch Hartmut Koschyk eine Verbundenheit zur evangelikal *Deutschen Evangelischen Allianz*.

### 4.1.3. Bundeskanzleramt

Im Bundeskanzleramt bestehen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland amtsinterne Verbindungen zu den Kirchen.

Ein Überblick über die Geschichte der Organisation des Bundeskanzleramtes hinsichtlich dieser Verbindung zeigt die Veränderungen, die schließlich dazu führen, dass die „Verbindung zu Kirchen und Religionsgemeinschaften“ ein eigenes Referat wird, das letztendlich in dieser Alleinstellung seit 1992 unter Bundeskanzler Kohl besteht. Das ist in etwa zeitgleich bzw. nachfolgend mit der Bildung des einzeln gestellten Kirchenreferats im Bundesministerium des Innern (1991).

Im Juli 1992 entstand das Referat 515 „Verbindung zu den Kirchen“. Leitung: Regierungsdirektor Vogt. Es ist das erste Mal, dass den Verbindungen zu den Kirchen ein eigenes Referat gewidmet und von den Themen Kunst und Kultur getrennt wurde. Als Grund dafür wird vorrangig die wichtige Rolle genannt, die für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Kirchen haben. Das allerdings wird 1995 wieder geändert, indem unter dem „Kultur-Gruppenleiter in der Ära Kohl“, Dr. Volkhard Laitenberger, innerhalb der Gruppe 52 „Kulturelle Angelegenheiten, Kirchen, politische Bildung“ das Referat 521 „Verbindung zum Bereich von Kunst und Kultur